

## Epilog

---

Das vorliegende Projekt wurde auf halbem Wege abgebrochen. Die Art und Weise, wie dies geschah, ist vielleicht bezeichnend für den schwierigen Umgang mit Migration, Integration und Kritik an Autoritätspersonen in Deutschland im Allgemeinen und in Brandenburg im Besonderen. Weil dieser Umgang die Lösung von Problemen erschwert, ist es sinnvoll, sich damit auseinanderzusetzen. Eine solche Auseinandersetzung bietet zudem einen vielleicht für manche überraschenden Blick hinter die Kulissen des politischen Betriebs in einem Teil Europas, der erst in den 1990er Jahren demokratische Strukturen erhalten hat und dessen demokratische Kultur sich noch entwickeln muss.

In der allgemeinen Einleitung wurde bereits erläutert, aus welchen Phasen dieses Projekt bestehen würde. Zuvor hatten wir dieses Projekt in kleinerem Maßstab in der Gemeinde Rangsdorf durchgeführt. In der ersten Phase sammelten wir quantitative Daten über die in den Übergangsheimen lebenden Menschen, befragten eine große Zahl von Akteuren zu ihrer Einschätzung der Situation und den Zukunftsperspektiven dieser Bewohner und interviewten eine Vielzahl von Geflüchteten zu ihren Hintergründen, Erfahrungen, Erkenntnissen, Problemen und Ambitionen. Auf der Grundlage dieser Informationen wurde eine erste Analyse erstellt, die mit allen Beteiligten auf einer Konferenz erörtert wurde. Über einen längeren Zeitraum hinweg wurden dann die verschiedenen Problembereiche in separaten Arbeitsgruppen mit den jeweiligen Akteuren bearbeitet. In Rangsdorf waren dies: Wohnen, Arbeit, Deutschkenntnisse, Bildung und Berufsausbildung, Probleme der Frauen, Kinder und Kindertagesstätten, Gesundheit und psychosoziale Probleme sowie Beratung und Orientierung. Ziel war es, die Zusammenarbeit zwischen Institutionen und Organisationen, die im Bereich der Integration tätig sind, zu stärken und die Situation der Flüchtlinge durch bessere Kommunikation und Koordination zu verbessern.

Über den gesamten Prozess in Rangsdorf wurde in zwei Artikeln ausführlich berichtet: *Kein Plan, keine Hoffnung, keine Zukunft. Sackgassen für Flüchtlinge auf dem Lande* (Blokland & Neebe 2021) und *Wege aus dem Vakuum. Zukunftswerkstatt zur Integration Geflüchteter im ländlichen Raum* (Blokland & Neebe 2022). Beide Artikel und die Treffen, auf denen sie diskutiert wurden, wurden von der *Märkischen Allgemeinen Zeitung* ausführlich kommentiert (Böhlefeld 2021). Diese Zeitung hat danach weiter über

unser Projekt berichtet (Neugebauer 2021). In der Überzeugung, dass Probleme nur dann angegangen werden, wenn sie offen benannt werden, war diese Berichterstattung auch von der Gemeinde Rangsdorf bewusst gefördert worden.

Am 1. Juni 2022 haben wir unseren Zwischenbericht auf einer Konferenz in der Kreisverwaltung in Luckenwalde vorgestellt. Anwesend waren rund 60 Akteure aus Teltow-Fläming sowie zwei hochrangige, auf einem Podium sitzende Verantwortliche aus der Kreisverwaltung. Die politische Leiterin, die Landrätin, war nicht anwesend, ebenso wenig wie ihre Stellvertreterin. Die Presse war nicht eingeladen. Wie die in diesem Buch dargestellten Erfahrungen, Erkenntnisse und Daten zeigen, konnte wenig Gutes berichtet werden. Teltow-Fläming unterschied sich in dieser Hinsicht nicht von der Gemeinde Rangsdorf. Zudem wurde von zahlreichen Akteuren, allen voran den Leitern der Flüchtlingsheime, aber auch von Vertretern der Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, insbesondere die Kreisverwaltung heftig kritisiert. Ihr wurde vorgeworfen, wegzuschauen, Probleme nicht ernst zu nehmen, Gleichgültigkeit zu zeigen, Kritik aktiv zu unterdrücken, Menschen und Organisationen gegeneinander auszuspielen, strukturell unterbesetzt und unerreichbar zu sein und zu wenig Kompetenzen zu haben. Einige Teilnehmer bezweifelten auch, dass die Kreisverwaltung wirklich gewillt sei, die Situation zu verbessern.

Der Beamte, der das Treffen organisiert hatte, war mit dem Verlauf des Treffens zufrieden. Viele Menschen hätten Interesse und die Bereitschaft gezeigt, gemeinsam an der Lösung von Problemen zu arbeiten. Die Möglichkeit, miteinander zu kommunizieren, zusammenzuarbeiten, Frustrationen auszudrücken und Probleme explizit zu benennen, wurde von vielen Teilnehmern als ein wichtiger erster Schritt zur Verbesserung der Situation angesehen. Die Anwesenheit eines unabhängigen Außenstehenden, nämlich von *Social Science Works*, sorgte in gewissem Maße auch dafür, dass die Probleme schwerer zu ignorieren waren.

Die Presse war nicht eingeladen, erfuhr aber durch Kontakte zu zahlreichen anwesenden Akteuren von dem Treffen und seinem Verlauf. Die *Märkische Allgemeine Zeitung* berichtete relativ nüchtern darüber.<sup>1</sup> Der direkt für das Projekt verantwortliche Beamte zeigte sich einige Tage später sehr zufrieden mit dieser Berichterstattung.

Mit dem letztgenannten Beamten wurde ein Termin für ein erstes Treffen mit den relevanten Akteuren vereinbart. Um den entstandenen Schwung nicht zu verlieren, sollte das Treffen bereits vier Wochen später stattfinden. Thema sollten die psychischen Probleme der Geflüchteten sein. Es wurde auch ein Termin mit anderen

---

1 Udo Böhlefeld. Teltow-Fläming: Analyse zur Situation von Geflüchteten zeigt Defizite in Heimen. Die Situation von Flüchtlingen zu verstehen und zu verbessern steht im Zentrum eines Projektes im Landkreis Teltow-Fläming. Eine erste Analyse des Ist-Zustandes erfolgte in der vergangenen Woche. *Märkische Allgemeine Zeitung*. 4. Juni 2022.

Beamten der Kreisverwaltung vereinbart, um dieses Treffen inhaltlich vorzubereiten.

Zu den weiteren Themen, die die Akteure diskutieren wollten, gehörten: Asylrecht, Arbeitsrecht, Überlastung des Systems, Bürokratie, Ausschreibungssystem, Unterbringung und Wohnen, Deutschkurse, Kindergarten und Schule, Arbeit und Berufsschulung, Gesellschaftliche Teilnahme, Personalausstattung in den Flüchtlingsunterkünften sowie deren Wohlergehen und Funktionieren, und Unterstützung der Ehrenamtlichen. Natürlich, wie schon gesagt, hat man auf der Ebene eines Verwaltungskreises nicht die Möglichkeit, zum Beispiel das Asylrecht, das Arbeitsrecht oder sogar das Vergabesystem zu ändern. Dennoch ist es sinnvoll, diejenigen, die mehr Entscheidungsbefugnis haben, darüber zu informieren, wie sich Gesetze, Vorschriften und Regelungen in der täglichen Praxis auswirken. Oft mangelt es an dieser Erkenntnis, was dazu führt, dass notwendige Änderungen nicht vorgenommen werden.

So viel zu den guten Nachrichten. Doch dann wurde es still. Zunächst wurde die Sitzung, in der die nächste Stakeholder-Konferenz vorbereitet werden sollte, ohne Angabe von Gründen abgesagt. Dann wurde die Konferenz selbst, die für den 29. Juni 2022 geplant war, ebenfalls ohne Angabe von Gründen abgesagt. Eine substantielle Antwort auf den Zwischenbericht blieb ebenfalls aus. Schließlich wurde am 14. Juni unter Berufung auf die oben erwähnte Veröffentlichung in der *Märkischen Allgemeinen Zeitung* eine Neubewertung der Zusammenarbeit schriftlich angekündigt. Diese eher wohlwollende Veröffentlichung wurde *Social Science Works* zugeschrieben und angelastet.

Auf die Ankündigung, das Projekt zu überprüfen, reagierten wir am 20. Juni 2022. Wir wiesen u.a. darauf hin, dass wir die Berichterstattung nicht beeinflussen können, dass viele Stakeholder mit dem betreffenden Journalisten in Kontakt standen, dass er in der Vergangenheit zahlreiche kritische Artikel zum Thema Integration in Teltow-Fläming veröffentlicht hatte und dass es auch Aufgabe der Presse in einer offenen pluralistischen Demokratie ist, Politik und Verwaltung kritisch zu begleiten. Anstatt die Presse als Feind zu sehen und sie auszuschließen, sei es produktiver, mit ihr zu kooperieren. Man mache sich weniger angreifbar für Verdächtigungen aller Art, wenn man mögliche Probleme offen anspreche und auch bereit sei, Fehler und Mängel zuzugeben.

Wir erhielten keine Antwort auf unsere Stellungnahme. Infolgedessen war völlig unklar geworden, ob und wie das Projekt weitergehen würde.

Einige Akteure wandten sich an uns und fragten, wann das nächste Treffen stattfinden würde, und baten darum, den von uns verfassten Zwischenbericht zu erhalten. Wir verwiesen die Beteiligten an die Kreisverwaltung. Tatsächlich schickte die Kreisverwaltung allen Teilnehmern der Sitzung einen Monat später unseren Zwischenbericht, nachdem sie ihn zuvor »bearbeitet« hatte. Der Bericht wurde auf die Hälfte gekürzt. Was blieb, waren die quantitativen, demografischen Daten über die

Bewohner der Flüchtlingsheime. Alle Erfahrungen, Beobachtungen, Ideen und Kritikpunkte der von uns befragten Stakeholder und Geflüchteten wurden aus dem Bericht entfernt. Da die Betroffenen unsere Powerpoints auf der Konferenz gesehen hatten, auf denen der Zwischenbericht basierte, konnten sie verstehen, dass Kritik nicht erwünscht war.

Auch Kritik von Neuankömmlingen wurde nicht gewürdigt. Ab Februar 2022 hatten wir begonnen, unsere Interviews mit Flüchtlingen auf unserer Website zu veröffentlichen. Bevor dies jedoch geschehen konnte, verlangte die Kreisverwaltung Einsicht in diese Interviews. Mehrfach wurde gefordert, Passagen zu entfernen. In einigen Fällen wurde sogar die Veröffentlichung des gesamten Interviews untersagt. Zu den unzulässigen Äußerungen gehörten kritische Bemerkungen über den baulichen Zustand der Flüchtlingsunterkünfte, über mangelnde Hygiene und das Vorhandensein von Kakerlaken, Läusen und anderem Ungeziefer, über die Privilegierung anderer Flüchtlingsgruppen (zum Beispiel Menschen aus der Ukraine), über mögliches Fehlverhalten von Sozialarbeitern oder Beamten (vom Sozialamt, dem Jobcenter, den Ausländerbehörden), über Drogenkonsum und Schwarzarbeit von Bewohnern.<sup>2</sup>

Die Ungewissheit über den Fortgang des Projekts war für *Social Science Works* offensichtlich ein Problem, da wir keine Arbeit planen konnten. Außerdem meldeten sich ständig Interessenvertreter, die wissen wollten, wie es weitergeht. Ferner wurde die Zeit immer knapper: Das Projekt musste eigentlich im Haushaltsjahr 2022 abgeschlossen werden. Fragen zur weiteren Vorgehensweise des Projekts wurden von der Kreisverwaltung jedoch nicht beantwortet. Es war Sommer, sie waren abwesend. Also schrieben wir Ende Juli 2022 an die politisch letztverantwortliche Person in Teltow-Fläming, die Landrätin, ein Mitglied der Linken. Sie wurde ausführlich über die Geschichte, die Hintergründe und den Zweck des Projekts aufgeklärt und gebeten, die Situation zu klären.

Die Landrätin meldete sich nicht, aber ihre Stellvertreterin lud uns nach einem Monat über ihre Sekretärin zu einem Gespräch ein, das jedoch erst zwei Monate später, Mitte September 2022, stattfinden konnte. Nicht viel später wurden wir auch zu einem Gespräch mit zwei Beamten der unteren Ebene eingeladen. Dieses fand am 22. August 2022 statt. Man teilte uns mit, dass das Projekt in seiner ursprünglichen Konzeption beendet sei. Es würde keine Treffen mit und zwischen den Akteuren aus Teltow-Fläming mehr geben. Es würden keine Arbeitsgruppen gebildet, um die verschiedenen Schwerpunktthemen zu diskutieren. Dafür bestand kein Bedarf. Stattdessen würde man die Kommunikation von der Kreisverwaltung zu den

---

2 Dennoch hatten wir in Teltow-Fläming Zugang zu den Bewohnern der Flüchtlingsheime. In anderen Kreisen wurde uns die Befragung von Geflüchteten von den Heimleitern und ihren Arbeitgebern komplett untersagt. Dass hier ein grundlegendes Menschenrecht, das Recht auf freie Meinungsäußerung, mit Füßen getreten wurde, wurde nicht wahrgenommen.

unteren Gremien verbessern. *Social Science Works* wurde gebeten, die Interviews mit Geflüchteten fortzusetzen und politische Empfehlungen zu formulieren. Letzteres beinhaltete die Präsentation eines Vorschlags für ein Aufnahmeformular, das die Heimleiter verwenden könnten, wenn neue Bewohner im Heim ankamen.

Im anschließenden Gespräch mit der hierarchisch zweiten Beamtin des Landkreises Teltow-Fläming, der Ersten Beigeordneten, stellte sich heraus, dass sie darüber informiert worden war, dass die Beendigung des Projekts im Einvernehmen mit *Social Science Works* erfolgt war. Wir haben ihr erneut die ursprünglichen Pläne und die dahinterstehenden Ideen erläutert. Statt einer verbesserten Kommunikation von oben nach unten bräuchte Teltow-Fläming aus unserer Sicht vor allem eine verbesserte Kommunikation von unten nach oben. Es ging darum, das Wissen und die Erkenntnisse der Menschen, die sich alltäglich mit der Flüchtlingsintegration beschäftigen, ernst zu nehmen und zu nutzen. Es gelte, die Kultur der Gleichgültigkeit, die sich im gesamten Politikfeld schon aus Selbstschutz entwickelt hatte, durch einen konstruktiven Umgang mit allen Beteiligten zu durchbrechen. Dabei dürfe das Benennen von Problemen und Defiziten nicht unterdrückt werden, da dies das Vertrauen in die eigene Arbeit und die politische Führung untergrabe, und damit die Problemlösung.

Die zweite Beamtin von Teltow-Fläming schien überzeugt. In der Tat erschien es besser, den ursprünglichen Plan umzusetzen. Dazu musste das Projekt jedoch verlängert werden – wir hatten nun vier Monate verloren. Um dies zu ermöglichen, boten wir an, einen erheblichen Teil des verfügbaren Budgets nicht auszuzahlen und auf das Jahr 2023 zu verschieben. Das hörte sich gut an. Die Beamtin müsste aber erst alles mit der Landrätin besprechen und würde uns dann Bericht erstatten.

Die Zeit verging und niemand meldete sich zurück. In zwei Briefen im Oktober 2022 erinnerten wir die Beamtin an das Gespräch und boten an, das Projekt zu den gleichen Kosten weiterzuführen. Wir erhielten keine weiteren Antworten. Ein erheblicher Teil des Budgets wurde von uns nicht abgerufen.

In der Zwischenzeit arbeiteten wir fortwährend an dem Abschlussbericht. Wir haben diesen Bericht den drei höchsten Amtsträgern Mitte Februar 2023 zur Verfügung gestellt. Ein gedrucktes Exemplar, so hatte man uns bereits im September 2022 mitgeteilt, war nicht erforderlich. Eine digitale Version war ausreichend.

Wir haben nie wieder etwas dazu erfahren.